



BERLININFO

NR. 4

26. Februar 2016



Mechthild Heil MdB
CDU/CSU-Bundestagsfraktion

www.mechthild-heil.de | www.facebook.com/MechthildHeil

Liebe Leserinnen und Leser,

Ich freue mich, dass wir in dieser Woche das Asylpaket II im Deutschen Bundestag verabschiedet haben. Schade nur, dass SPD und Grüne in den Ländern eine stärkere Regelung zur Reduzierung der Flüchtlingszahlen verhindert haben. Trotzdem sind die getroffenen Maßnahmen stark und wir können davon ausgehen, dass damit der Zustrom deutlich zurück gehen wird. Jetzt heißt es für die CDU die Kräfte in den nächsten zwei Wochen auf die Landtagswahl zu konzentrieren. Jede Stimme zählt. Es geht um nichts weniger als die Zukunft unserer Heimat. Denn Sie haben etwas Besseres verdient, als die jetzige Landesregierung.

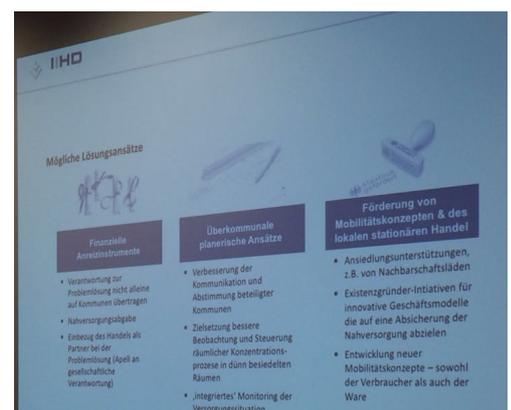
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. (030) 227 77040
Fax (030) 227 76423

Ihre



Kein Königsweg bei der Städteplanung

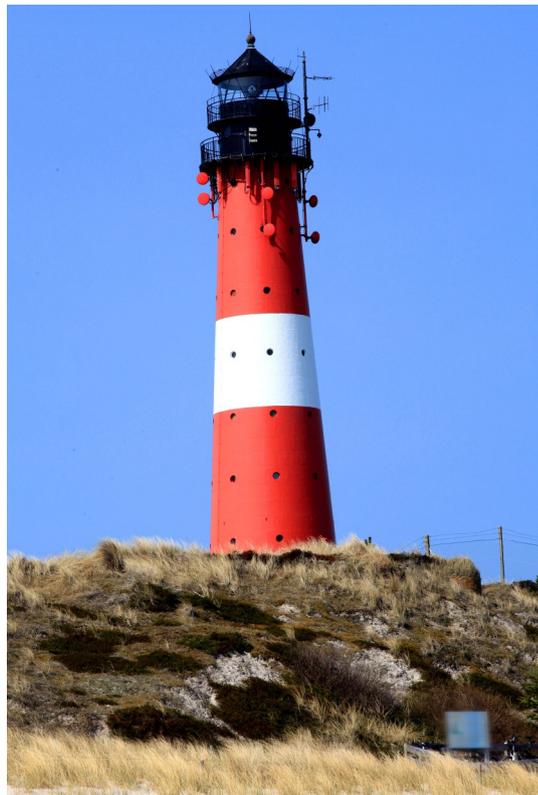
Am Mittwoch hatte ich die Möglichkeit mich bei einem Expertengespräch des „Forum Einzelhandel“ über die Zukunft der ländlichen Versorgung zu informieren. Immer mehr Menschen ziehen vom Land und kleineren Ortschaften in Ballungszentren. Für die im ländlichen Raum verbleibenden Menschen gibt es, auch bedingt durch den demographischen Wandel und dem Nachlassen der Mobilität, immer mehr Probleme für die Kommunen die Nahversorgung sicher zu stellen. Was zählt alles zur Nahversorgung? Primär gehört dazu natürlich das Angebot an Lebensmittel und anderen Gütern des täglichen Bedarfs. Gleichzeitig zählt aber auch der Zugang zu medizinischer Versorgung, einer Bank oder einer Postfiliale zu wichtigen Faktoren der Nahversorgung. Das Fachgespräch gab verschiedenen Vertretern aus Wirtschaft, Forschung und lokalen Behörden die Möglichkeit ihre jeweiligen Erkenntnisse zu erläutern und im gemeinsamen Gespräch nach realistischen Ideen und Konzepten zu suchen. Mein persönliches Fazit des Abends: es gibt in dieser komplexen Frage keinen Königsweg. Was in der einen Region gut funktioniert muss nicht automatisch in einer anderen Kommune auch klappen. In der Praxis werden vor Ort oft mehrere Konzepte ineinandergreifen, Möglichkeiten sind zum Beispiel die Versorgung durch mobilen Handel, Onlinebestelldienste für Lebensmittel, Tiefkühl-dienste oder Multifunktionseinrichtungen vor Ort. Solche Einrichtungen erfüllen mehrere Funktionen gleichzeitig wie das Angebot von Lebensmitteln und die Annahme und Ausgabe von Pakete. Insbesondere durch den Internethandel mit Lebensmittel und anderen täglichen Verbrauchsgütern werden sich in der Zukunft noch interessante Entwicklungen ergeben. Insgesamt wird sich im Bereich der Nahversorgung im ländlichen Raum noch einiges tun müssen, um die Versorgung der Menschen vor Ort auch in der Zukunft sicher zu stellen.



„Deutsch für Anfänger“

Ein Projekt, das mir persönlich am Herzen liegt möchte ich Ihnen im Folgenden vorstellen. Dabei handelt es sich um das Projekt „Deutschland für Anfänger“: was zunächst klingt wie ein einfacher Sprachkurs, verbirgt jedoch ein großes und vielversprechendes Konzept hinter sich. Es geht darum den Flüchtlingen den Einstieg in Deutschland zu erleichtern. Angefangen mit einfachen Themen wie zum Beispiel dem Trinken von Leitungswasser, bis hin zur Religionsfreiheit in Deutschland vermittelt das Projekt ein breites Spektrum an gesellschaftlichen Werten und Wissen über alltägliche Dinge. Um möglichst viele Flüchtlinge ansprechen zu können, läuft das private Projekt über die Plattform Youtube. Geleitet wird der Kanal von der Sportmoderatorin Isabelle Müller-Reinhardt und Frau Abir Alhaffer. Frau Abir Alhaffer stammt selbst aus Syrien und lebt seit 12 Jahren in Deutschland. Beide engagierten sich für Flüchtlinge im Raum Hannover und lernten sich nur durch einen Zufall über Facebook kennen. Sie haben schnell festgestellt, dass den Flüchtlingen oftmals dieselben Fragen aufkommen - es sind Alltagsfragen. Und genau hier setzen sie auch mit ihrem Youtube-Kanal „Deutsch für Anfänger“ an.

Als Angebot werden hier kurze, aber prägnante Videos zu verschiedenen Thematiken eingestellt. Zunächst erklärt Frau Müller-Reinhardt das Thema auf Deutsch und beschreibt die Herangehensweise an bestimmte Dinge, dann wird es von Frau Abir Alhaffer in die arabische Sprache übersetzt. Die beiden haben mit den simplen Themen, wie dem Sortieren von Müll begonnen und tasten sich nun immer weiter auch an kritische Themen heran. Selbst zu dem, wie das Video ihn nennt, „Sex-Mob“ in Köln gibt es ein Video mit entsprechenden Erklärungen. Das Ziel hierbei ist die „Neuankömmlinge“ an die Werte unserer Gesellschaft heranzuführen. Schritt für Schritt. Und es scheint zu funktionieren - die Videos werden angeschaut. Dennoch sollte dem Projekt weiterhin Aufmerksamkeit geschenkt werden, damit auch andere „Neuankömmlinge“ davon profitieren können die Werte unserer Gesellschaft schneller kennenzulernen. Obwohl das erste Video erst vor vier Monaten online gestellt wurde, hat der Kanal bereits über 2.000 Abonnenten. Auch von der anderen Seite ermöglicht der Kanal einen guten Einblick, so decken die Fragen die alltäglichen Problem der Flüchtlinge auf und können besser nachvollzogen werden. Ein Blick in den Kanal ist auf jeden Fall lohnenswert.



Tabakgesetz sorgt für Abbau von Gesundheitsrisiken

Eine wichtige Entscheidung in dieser Woche im Bundestag war die Verabschiedung des Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie über Tabakprodukte und verwandte Erzeugnisse. Mit dieser Entscheidung setzen wir die europäische Tabakproduktrichtlinie in deutsches Gesetz um. Die Richtlinie soll dazu beitragen, die mit dem Rauchen einhergehenden gesundheitlichen Risiken noch mehr zu verdeutlichen und den Gesundheitsschutz zu stärken. Details befassen sich mit der Vorgabe von kombinierten Warn- und Bildhinweisen auf der Packung, dem Verbot von aromatischen Bestandteilen wie z.B. Menthol im Tabak und der Verkauf von Filtern, Papieren oder Kapseln soweit diese Tabak oder Nikotin enthalten. Erstmals beinhaltet das Gesetz auch Vorschriften für nikotinhaltige E-Zigaretten und E-Wasserpfeifen. Hier gab es eine Gesetzeslücke, die nun geschlossen wird. Die betroffenen Unternehmen sowohl bei den klassischen Tabakprodukten als auch bei neuartigen E-Zigaretten erhalten durch das Gesetz Rechtssicherheit und können sich darauf einstellen, bis wann eine Umstellung ihrer Produktion erfolgen muss. Die Union hat hier lange und intensiv verhandelt und mit dem Gesetz gelingt ein Kompromiss sowohl im Interesse des gesundheitlichen Verbraucherschutzes als auch im Sinne der produzierenden Unternehmen.



Wir kommen voran in der Flüchtlingskrise

Beim Treffen der europäischen Staats- und Regierungschefs stimmten alle 28 EU-Mitgliedsstaaten in den vier zentralen Zielen überein: Flüchtlingszahlen spürbar und rasch reduzieren, EU-Außengrenzen schützen, illegale Migration verringern und den Schengen-Raum bewahren. Die Überzeugung, dass ein europäisches Problem auch nur auf europäischer Ebene gelöst werden kann, teilen die Staaten ebenfalls. Die österreichische Haltung wurde auf dem EU-Gipfel zu Recht kritisiert. Die Politik des Durchwinkens von Flüchtlingen auf dem Balkan muss, auch nach dem Willen der EU-Kommission, ein Ende haben.

Der Einsatz der NATO in der Ägäis beginnt in dieser Woche. Der maßgeblich von deutscher Seite vorangebrachte Einsatz wird helfen, das Geschäft krimineller Schlepper zu beenden und so eine unregelmäßige Einwanderung in die EU unterbinden. Wichtig ist dabei die Zusage der Türkei, aufgegriffene Flüchtlinge zurückzunehmen.

Die Türkei ist ein zentraler Partner bei der Lösung der Flüchtlingskrise. Deshalb ist es gut, dass nicht nur einige, sondern alle EU-Staaten am 6./ 7. März mit der Türkei die Umsetzung des gemeinsamen Aktionsplans EU-Türkei beraten. Die EU hilft der Türkei mit 3 Milliarden Euro und über Visaerleichterungen wird verhandelt, bei letzterem werden wir auf die genaue Ausgestaltung achten. Wir dürfen dabei nicht vergessen, dass die Türkei mit der Aufnahme von über 2 Millionen Flüchtlingen in den letzten Jahren Enormes geleistet hat und zudem den Arbeitsmarkt für syrische Flüchtlinge geöffnet hat.

Bei der Bekämpfung der Fluchtsachen geht es ebenfalls voran:

Die Geberkonferenz in London hat beschlossen, mehr als 9 Milliarden Euro zur Verfügung zu stellen, auch um die Versorgung gerade in den Flüchtlingslagern in den Nachbarländern Syriens zu verbessern.

Auch im eigenen Land bleiben wir nicht untätig: Wir beschließen in dieser Woche das Asylpaket II und die Verschärfungen des Ausweisungsrechts für straffällig gewordene Ausländer. Wir wären allerdings weiter, wenn nun auch die rot-grün regierten Länder ihrer Verantwortung für unser Land nachkämen und etwa der Erweiterung der Liste der sicheren Herkunftsstaaten um Algerien, Marokko und Tunesien zustimmen würden. In den Bundesländern muss endlich mehr geschehen.

Gerade die rot-grünen Landesregierungen in Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen oder Rheinland-Pfalz kommen ihrer Aufgabe, die große Zahl der ausreisepflichtigen Personen auch tatsächlich auszuweisen, hier nicht nach. Jetzt ist wichtig für unsere Freunde, die in der Endphase von Wahlkämpfen stehen, dass wir geschlossen bleiben und die Politik unserer Bundeskanzlerin unterstützen.

Die Ereignisse in Sachsen in den letzten Tagen erfüllen uns mit Sorge: Wir sind entsetzt, dass Einheimische sich so gegenüber ankommenden Flüchtlingen verhalten oder Beifall klatschen, wenn ein Asylbewerberheim brennt. Es ist erschreckend und beschämend, dass so etwas in unserem Land passiert. Man kann ja unterschiedlicher Meinung sein in politischen Fragen, aber anderen Menschen so kaltherzig und hasserfüllt gegenüberzutreten, ist absolut nicht hinnehmbar. Unsere christlichen Werte verlangen einen ordentlichen Umgang mit Menschen unabhängig davon, woher sie kommen.

Tragfähige Grundlage für den EU-Verbleib Großbritanniens

Die vom Europäischen Rat in schwierigen Verhandlungen erreichten Beschlüsse zu Anliegen Großbritanniens ebnen den Weg dafür, dass das dortige Referendum am 23. Juni zugunsten Europas ausgehen kann. Die Kompromisse, die wir dafür eingegangen sind, sind gerechtfertigt. Denn ein Verbleib Großbritanniens in der EU ist von außerordentlicher Bedeutung – das Land ist ein Partner im Geist und im Markt und unser drittgrößter Außenhandelspartner. Mehr als erfreulich ist es, dass der Verhandlungsprozess in Brüssel vom erkennbaren Willen der Einigung geprägt war.

Die Schlussfolgerungen des Europäischen Rats tragen dem Reformanliegen Großbritanniens Rechnung, so etwa mit den Neuregelungen für das Vereinigte Königreich innerhalb der EU sowie besonderen Bestimmungen zur Bankenunion und der weiteren Integration des Euro-Raumes. Mit der Neuregelung des Kindergeldes zum Schutz der Sozialsysteme, Vereinbarungen zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit, der Stärkung der Rolle der nationalen Parlamente und des Grundsatzes der Subsidiarität wurden dabei aber auch Ergebnisse erzielt, die in unserem Sinne sind und von denen Deutschland und Europa in Zukunft profitieren dürften. Nun ist es an den britischen Bürgern zu entscheiden, ob das Land Teil der Europäischen Union bleibt. Wir alle können dazu beitragen, indem wir in den kommenden Monaten vermeiden, Europa schlecht zu reden. Denn wesentlich mitentscheidend für das Votum wird auch das Bild von Europa sein, das sich der britischen Öffentlichkeit in den kommenden Monaten beim Blick über den Ärmelkanal bietet.

Daten und Fakten

Reallöhne steigen. Deutschland verzeichnet den höchsten Anstieg des Reallohnindex seit der Erhebung dieser Daten im Jahre 2008. Im Jahr 2015 sind die Reallöhne im Vergleich zum Vorjahr um 2,5 Prozent gestiegen. Gründe dafür sind leicht steigende Verbraucherpreise (+0,3 Prozent) bei mittleren nominalen Verdienststeigerungen (+2,8 Prozent). Besonders deutlich ist der nominale Zuwachs bei Beschäftigten mit unterdurchschnittlichen Verdiensten. So gab es einen Anstieg des monatlichen Bruttoverdienstes um 4,1 Prozent bei ungelernten Arbeitnehmern im Vergleich mit den sonstigen Beschäftigungsgruppen. Bei geringfügig Beschäftigten lässt sich ein Verdienstzuwachs von 4,7 Prozent konstatieren, bei Teilzeitkräften beträgt er noch 3,0 Prozent und bei Vollzeitbeschäftigten 2,6 Prozent.

(Quelle: Statistisches Bundesamt)

Frauen häufiger in Arbeit. Von 2001 bis 2015 wurden 64 Prozent aller neu entstandenen Arbeitsplätze in Deutschland mit Frauen besetzt. Dies liegt laut IW Köln vor allem an der verstärkten Bedeutung des Dienstleistungssektors: Im entsprechenden Zeitraum entstanden rund 1,6 Millionen neue Jobs alleine im Erziehungs-, Gesundheits- und Sozialwesen, von denen 1,2 Millionen Stellen mit Frauen besetzt wurden. Während die Erwerbslosenquote in Deutschland im Dezember 2015 für Frauen bei 4,1 Prozent und für Männer bei 4,9 Prozent lag, sind Frauen vor allem in den angespannten Arbeitsmärkten Südeuropas noch häufiger auf Jobsuche. In nahezu allen EU-Ländern hat sich das Verhältnis der geschlechterspezifischen Erwerbslosenquoten seit Beginn der Wirtschaftskrise 2009 jedoch zugunsten der Frauen verbessert. Im EU-Durchschnitt lag die Erwerbslosenquote im Dezember 2015 bei 9 Prozent der Männer und 9,1 Prozent der Frauen.

(Quelle: IW Köln)

Mehr Gäste im Fernverkehr. Im Jahr 2015 nutzten die Menschen in Deutschland den öffentlichen Personenverkehr nach Angaben des Statistischen Bundesamtes stärker als jemals zuvor. Während der Anstieg im Nahverkehr mit 0,4 Prozent vergleichsweise moderat ausfiel, konnte der Fernverkehr deutlicher zulegen: Fernzüge nutzen 131 Millionen Reisende, das waren 1,9 Prozent mehr als 2014. Der Linienfernverkehr mit Omnibussen wächst seit seiner Liberalisierung stark: 2015 dürften mindestens 20 Millionen Fahrgäste mit Linienfernbusen gereist sein, rund ein Viertel mehr als 2014. Auch die Zahl der Passagiere auf deutschen Flughäfen erreichte 2015 einen neuen Höchstwert. 194 Millionen Flugreisen bedeuteten einen Anstieg von 4,0 Prozent gegenüber 2014.

(Quelle: Statistisches Bundesamt)